

Große Anfrage

**der Abgeordneten Norbert Hackbusch, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,
Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Stephan Jersch, Metin Kaya,
Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose, David Stoop und Insa Tietjen (DIE LINKE)
vom 17.08.23**

Betr.: Bilanz des Senats zu „Unser Hamburg – Unser Netz“

Im Jahre 2010 sammelt die Volksinitiative „Unser Hamburg – Unser Netz“ weit über die erforderlichen 10.000 Unterschriften für die Rekommunalisierung, also den vollständigen Rückkauf der Energienetze für Strom, Gas und Fernwärme.

Das Ziel der Volksinitiative: „Senat und Bürgerschaft unternehmen fristgerecht alle notwendigen und zulässigen Schritte, um die Hamburger Strom-Fernwärme- und Gasleitungsnetze 2015 wieder vollständig in die Öffentliche Hand zu übernehmen. Verbindliches Ziel ist eine sozial gerechte, klimaverträglich und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien.“

Zuvor hatten unterschiedliche Senatsmehrheiten den Ausverkauf wichtiger Steuerungsinstrumente für eine nachhaltige und klimaschützende Energiepolitik betrieben und die ehemals zu 100 Prozent im öffentlichen Besitz und damit auch demokratisch gestalteten Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW) sowie die Hamburger Gaswerke (HeinGas) an die Atomkonzerne Vattenfall und E.ON verscherbelt.

Schon die 2000er-Jahre waren von massiven Warnungen einer drohenden Klimakatastrophe sowie durch die unverantwortlichen Risiken der Atomenergie geprägt. In Hamburg wurde von Vattenfall sogar noch der Neubau eines 1.600 Megawatt Kohlekraftwerks gestartet. Ökologische und ökonomisch eine kapitale Fehlentscheidung. Ziel von Vattenfall und Teilen des Senats und der Bürgerschaft war sogar, dieses Klimamonster Moorburg für einen Zeitraum von rund 40 Jahren mit der Fernwärme zu verkoppeln und damit CO₂-Emissionen von jährlich zusätzlichen fast 9 Millionen Tonnen dauerhaft festzuschreiben.

Vor diesem politischen Hintergrund von Privatisierung und Atom- und Klimagefahren formierte sich die Volksinitiative „Unser Hamburg – Unser Netz“ als ein breites Bündnis von Akteuren aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen und benannte als Vertrauenspersonen Vertreter vom BUND Hamburg, vom Evangelisch-Lutherischen Kirchenkreis Hamburg-Ost und von der Verbraucherzentrale.

Unter dem Druck der Volksinitiative entschloss sich die SPD zumindest eine Minderheitsbeteiligung bei Vattenfall und E.ON einzugehen. Diese Minderheitsbeteiligung, so die damalige Behauptung, würde ausreichen, um eine Steuerung der großen Aktienkonzerne für Klimaschutz und Energiewende zu ermöglichen.

*Bis zum 22. September 2013, dem Datum des Volksentscheids, gab es eine erbitterte Debatte in der Stadt, bei der die Gegner*innen der Rekommunalisierung mit erheblicher finanzieller Power eine massive Werbetrommel rührten.*

*„Zu den vielen Schulden, die die Stadt hat, nochmal 2 Milliarden obendrauf, um im Wesentlichen Rohre und Kabel zu kaufen? Das halte ich nicht für klug“, hatte der damalige Bürgermeister Olaf Scholz für die SPD-Fraktion in dem mit den Unterlagen zum Volksentscheid an alle Wähler*innen verschickten Infoheft gesagt. In einem gemeinsamen Text im genannten Heft bestritten die Fraktionen von SPD/CDU und FDP in allen Punkten, dass die von der Initiative angestrebten Ziele mit einer vollständigen Übernahme erreicht werden könnten.*

*Vor rund zehn Jahren, am 22. September 2013 haben die Bürger*innen schließlich gegen Mehrheiten im Senat und in der Bürgerschaft im Volksentscheid für die Initiative zur vollständigen Übernahme der Energienetze und damit für „sozial gerechte, klimaverträglich und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien“ gestimmt. Diese Grundsätze sind seitdem Auftrag des Handelns für Senat und Bürgerschaft. Aus Anlass des zehnten Jahrestages dieses wichtigen Volksentscheids ist es Zeit, eine Bilanz zu ziehen. Die Herausforderung der Klimakrise unterstreicht die besondere Bedeutung der Energiepolitik.*

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

- 1. Sind alle Schritte erfolgt, um die Hamburger Strom-, Fernwärme- und Gasleitungsnetze wieder vollständig in die öffentliche Hand zu übernehmen?
Wenn nein, welche Schritte fehlen?*
- 2. In welcher Weise sind insbesondere die „verbindlichen“ Zielsetzungen einer sozial gerechten, klimaverträglichen und demokratisch kontrollierten Energieversorgung aus erneuerbaren Energien, wie sie im zweiten Satz des Volksentscheids von einer Mehrheit der Hamburger Bevölkerung als Auftrag an Senat und Bürgerschaft beschlossen wurden, handlungsleitend und kann der Senat für die Bereiche sozial gerecht, klimaverträglich und demokratisch kontrolliert Beispiele nennen, wie das konkret umgesetzt wird und wo Nachbesserungen erforderlich sind?*
- 3. Welchen verbesserten Einfluss und welche Gestaltungsmöglichkeiten hat der Senat nach dem vollständigen Rückkauf der Netze mit den neuen öffentlichen Unternehmen auf die notwendige klimaverträgliche Energiewende?*
- 4. Die wachsende Verschuldung der Stadt war in der Auseinandersetzung um den Volksentscheid ein zentrales Thema. Welche finanziellen Ergebnisse haben die Netzgesellschaften an die HGV und damit an den Hamburger Haushalt abgeführt? Bitte für die einzelnen Gesellschaften die Höhe nach Jahren auflisten.*
- 5. Für das Gelingen der Energiewende ist es entscheidend, dass die netzgebundenen Infrastrukturunternehmen die notwendigen Investitionen vornehmen. Wie hoch waren die Investitionen pro Jahr zu dem Zeitpunkt als die Unternehmen noch zu Vattenfall beziehungsweise dem E.ON-Konzern gehörten?*
- 6. Gab es einen Investitionsrückstand zum Zeitpunkt der Übernahme?
Wenn ja, wie hoch war dieser in den jeweiligen Unternehmen?*

7. *Waren zum Zeitpunkt der Übernahme im Hamburger Haushalt Investitionsmittel vorgesehen, um die Energiewende so durchzuführen, wie sie jetzt durch die neu aufgestellten Unternehmen erfolgt? Wie hoch waren die investiven Mittel für die Ertüchtigung der Strom- und der Wärmenetze, um sicherzustellen, dass die erneuerbaren Energien in Hamburg eingebunden werden können, auch wenn diese Unternehmen noch in privatem Besitz gewesen wären. Bitte die Mittel in der mittelfristigen Finanzplanung für die einzelnen Jahre getrennt nach Unternehmen darstellen.*
8. *Wie hoch sind die Investitionsmittel der neu aufgestellten Unternehmen im Bereich der Energiewende im Vergleich zu den Investitionen der privaten Unternehmen? Bitte nach Unternehmen auflisten.*
9. *Welche Investitionen im Bereich der Energiewende sind in den neu aufgestellten Unternehmen durchgeführt worden und welche werden geplant?*
10. *Wie hat sich die Situation bei der Rekommunalisierung der drei Netzgesellschaften mit Blick auf die Arbeitnehmer*innen und auch der Zahl der Arbeitsplätze der nun öffentlichen Unternehmen entwickelt? Bitte nach Jahren und Unternehmen auflisten.*
11. *Ebenso wurde befürchtet, dass die Verbraucherpreise kräftig steigen könnten. Wie haben sich die Energiepreise in Hamburg seit der Rekommunalisierung entwickelt? Bitte angeben, wie sich die Preise bei den einzelnen Unternehmen entwickelt haben und wie diese im Vergleich zu anderen Städten und Ländern liegen.*
12. *Die Hamburger Strompreise sind besonders hoch. Was sind die Ursachen?*
13. *Wie ist die aktuelle Situation hinsichtlich der vom Senat angeschobenen weiteren Überlegungen zu einer intensiveren Zusammenarbeit, Integration oder Fusion von Hamburg Stromnetz, Hamburg Gas und HEnW oder anderen Möglichkeiten einer optimierten Struktur, welche Ziele werden dabei vom Senat angestrebt, wie stehen die Tarifpartner und die betrieblichen Mitbestimmungsorgane dazu und bis wann sollen weitere Entscheidungen getroffen werden?*